Ausgabe Ax · J 2918 A

NORDBAYERISCHER KURIER

Bayreuther Tagblatt
OBERFRÄNKISCHE ZEITUNG

FRÄNKISCHE Presse

Ausgabe für Bayreuth Stadt und Land, Fichtelgebirge und Fränkische Schweiz

Nr. 16 / 1. Jahrgang | Bayreuth, Samstag/Sonntag, 20./21. Januar 1968 | Einzelpreis 40 Pf

70 Offiziere halten in der Kirche ‚Wache'

HAMBURG (ap). In Hamburg hat sich eine Anzahl von Bundeswehroffizieren freiwillig zur Verfügung gestellt, um im Falle einer Studentendemonstration in der St.-Michaelis-Kirche als „helfende Faktoren" einzugreifen.

Initiator dieser Aktion „Bundeswehr kontra Studenten" war nach Angaben eines Pfarrers der Kommandeur der Hamburger Heeresoffiziersschule, General Dr. Wulf. Damit wurde der Bericht einer Wochenzeitung bestätigt, in dem es hieß, bei einer Predigt von Professor Thielicke, der in letzter Zeit mehrfach von Studenten während Gottesdiensten zu „Diskussionen" aufgefordert worden war, hätten „70 Bundeswehroffiziere als freiwillige Reserve im Hintergrund gestanden". Die Soldaten, die die Kirche in Zivil betreten hatten, waren auf diese Idee gekommen, nachdem Thielicke mit General Wulf über die voraufgegangene Studentendemonstration mit Rudi Dutschke in der Berliner Gedächtniskirche gesprochen hatte.

Clark Clifford neuer Minister im Pentagon

WASHINGTON. (dpa/ap). Der Washingtoner Rechtsanwalt Clark Clifford wurde gestern von US-Präsident Johnson zum neuen Verteidigungsminister ernannt.

Der bisherige Verteidigungsminister Robert McNamara wird am 1. März seinen neuen Posten als Präsident der Weltbank antreten. Präsident Johnsons Ankündigung überraschte auch in Regierungskreisen. Als Favorit für die Nachfolge McNamaras hatte bisher der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Nitze gegolten.

Der 61jährige Clifford hatte den Präsidenten Truman, Eisenhower, Kennedy und Johnson als Berater gedient und ist daher mit der amerikanischen Politik aufs beste vertraut. Zuletzt gehörte er zu den führenden Beratern Präsident Johnsons auf dem Gebiet der Verteidigung, des Geheimdienstes und der internationalen Diplomatie.

Kiesinger vor Exil-CDU

BERLIN (dpa). In Anwesenheit von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger ist gestern abend in der Berliner Kongreßhalle der zehnte Parteitag der Exil-CDU Mitteldeutschland eröffnet worden.

Der Vorsitzende, der ehemalige Bundesminister Ernst Lemmer wies in seiner Begrüßung die Vorwürfe des DDR-Außenministeriums gegen den Parteitag und die Anwesenheit des Bundeskanzlers in Berlin entschieden zurück. „Das geht die Kommunisten in Ostberlin auch nicht das geringste an, was sie auch dazu deklamieren", sagte Lemmer.

Der geschäftsführende Vorsitzende der Exil-CDU und ehemalige Bundesminister Dr. Johann Baptist Gradl sprach sich nachdrücklich gegen eine Anerkennung der DDR aus.

Der Bundeskanzler, der mit einer US-Sondermaschine nach Berlin geflogen war, wurde auf dem Flughafen Tempelhof vom Berliner Regierenden Bürgermeister K. Schütz empfangen. Schütz unterrichtete dann den Bundeskanzler über seine am Montag gehabte dreistündige Zusammenkunft mit dem sowjetischen Botschafter in Ostberlin, Abrassimow.

Wünsche zum Atomsperrvertrag

Ueberwiegend positive Bonner Stellungnahme - Einige Verbesserungen verlangt

BONN (ap/dpa). Die Bundesregierung hat gestern die Vorlage des Entwurfs eines Atomsperrvertrages durch die USA und die Sowjetunion am Vortag bei der Genfer Abrüstungskonferenz grundsätzlich begrüßt und gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß sie den Entwurf trotz erzielter Fortschritte noch für verbesserungswürdig halte.

Der Regierungssprecher, Staatssekretär Günter Diehl, äußerte vor der Presse die Hoffnung, daß es den 17 Mitgliedern der Genfer Konferenz gelingen werde, sich jetzt auf einen „weltweiten annehmbaren Entwurf" zu einigen. Er kündigte an, daß sich in nächster Zeit auch das Kabinett mit dem Vertragsentwurf befassen werde.

„Ganz bedeutende Fortschritte" gegenüber den früheren Entwürfen stellte Diehl in folgenden Punkten fest:

❶ Die Zielsetzung des Vertrages sei jetzt genauer und präziser formuliert. Das gelte auch für die bisher umstrittene Kontrolle. Dabei sei wichtig, daß die EWG-Länder nach wie vor durch Euratom kontrolliert würden und die Wiener Atomenergiebehörde sich auf eine Nachprüfung (Verifikation) der Euratom-Kontrolle beschränken werde. Dies erlaube das Weiterbestehen der Euratombehörde.

❷ Daß der Vertrag eine Revisionsklausel enthält, bezeichnete Diehl als „recht begrüßenswert". Die Befristung auf 25 Jahre sei zwar nach deutscher Meinung etwas lang, aber es sei nicht zu unterschätzen, daß das „Element der Befristung" im Vertrag festgehalten sei.

❸ Die Sorgen der Nicht-Nuklearländer vor einer Benachteiligung auf dem Gebiet der zivilen Kernforschung seien berücksichtigt worden. Diehl begrüßte es auch, daß die Nuklear-Mächte den übrigen Ländern Informationen über die wissenschaftliche Auswertung ihrer militärischen Kernforschung zur Verfügung stellen wollen.

Ausführliche Diskussion war nötig

Diehl begrüßte es auch, daß die Bundesregierung sich nunmehr zum ersten Male mit einem vollständigen Vertragsentwurfstext befassen kann. Auch Sorgen, daß der Vertrag die „Ungleichheit in der Ausgangsposition" zwischen den Nuklearmächten und den nichtatomaren Ländern für alle Zeit festlegen würde, seien berücksichtigt worden. Diehl führte diese Fortschritte auf die langwierige internationale Diskussion zurück, an denen die Bundesregierung aktiv mitgewirkt habe. Es sei zu hoffen, daß die Diskussion in Genf noch zu einer Verbesserung des vorliegenden Entwurfs beitrage, damit er auch weltweit angenommen werde.

Die Bundesregierung wird durch ihre ständige Vertretung in Genf in engem Kontakt mit der Konferenz stehen, an der sie nicht beteiligt ist.

SPD: Beachtlicher Fortschritt

Die Vorlage einer Neufassung des Entwurfs wurde von der SPD als ein „beachtlicher Fortschritt" bezeichnet. Sicherlich seien nicht alle Wünsche der Bundesrepublik erfüllt worden, schrieb der SPD-Abgeordnete Erhard Eppler im Pressedienst seiner Partei. Aber die „Friedenspolitik" der Bundesregierung dürfe sich durch die neue Vorlage in Genf bestätigt und ermutigt fühlen.

CDU/CSU: Grundanliegen wird unterstützt

Die CDU/CSU betonte gestern, daß sie das dem Vertrag zugrundeliegende Ziel selbstverständlich unterstütze. Jetzt sei jedoch noch niemand dazu aufgefordert, zu diesem neuen Vertragstext ja oder nein zu sagen, erklärte Ernst Majonica.

SCHLECHT BESETZT war während der gestrigen Debatte über die Strukturpolitik die Regierungsbank, nur Bundeswirtschaftsminister Schiller stand den Parlamentariern Rede und Antwort. Von der FDP wurde die Abwesenheit der Minister und Staatssekretäre, die beim Bundeskanzler den Jahreswirtschaftsbericht berieten, als Desinteresse der Regierung an der Arbeit des Bundestags bezeichnet. (Bericht Seite 2)

Washington sieht erstes Einlenken

WASHINGTON (upi/dpa). Nordvietnam hat nach Ansicht amerikanischer Regierungsbeamter offensichtlich einen Teil der Bedingungen Präsident Johnsons für die Einstellung des Bombenkriegs gegen den Norden anerkannt.

Wie gestern von amerikanischen Regierungsbeamten mitgeteilt wurde, haben Informationen aus privaten Kanälen die von Hanoi seit Anfang des Jahres bekundete Verhandlungsbereitschaft bestätigt und gleichzeitig in Washington den Eindruck verstärkt, daß Hanoi auf eine Einstellung des Bombenkrieges „sofort" mit Verhandlungen reagieren werde.

Nordvietnam hat unterdessen abermals seine Bereitschaft zur Aufnahme von Gesprächen mit den USA bei entsprechenden Bedingungen wiederholt. Radio Hanoi erklärte, nach der bedingungslosen Einstellung der amerikanischen Bombenangriffe und aller anderen Kriegshandlungen gegen Nordvietnam werde es nach einer angemessenen Zeit zu Verhandlungen kommen.

Gelegenheit zu Friedensgesprächen noch nie so günstig

Die Gelegenheit zu Friedensgesprächen über Vietnam ist nach Ansicht des südvietnamesischen Außenministers Tran Van Do heute größer als jemals seit der Unterzeichnung des Genfer Indochina-Abkommens im Jahre 1954. „Die Bombenangriffe zwingen die Nordvietnamesen zum Konferenztisch. Vorher hatten sie keinen Grund, sich auf Verhandlungen einzulassen", sagte Do.

● Das Kampfgeschehen über Vietnam war gestern von heftigen amerikanischen Luftangriffen auf Ziele im Norden des Landes gekennzeichnet. Die Amerikaner zerstörten eine Radaranlage in der Nähe der Hauptstadt Hanoi.

Brandt legt deutsche EWG-Pläne vor

Britischer Außenminister Brown skeptisch – Frankreich vorher unterrichtet

BONN (dpa). Die Bundesregierung hat Großbritannien ihre „Überlegungen für Vereinbarungen der EWG mit Großbritannien" vorgelegt, die den Weg Englands und der übrigen beitrittswilligen Länder in die Gemeinschaft ebnen sollen.

In der Aussprache mit dem britischen Außenminister George Brown legte Bundesaußenminister Willy Brandt gestern zum erstenmal diese Vorschläge den Briten offiziell auf den Tisch, die sich allerdings nur verwirklichen lassen, wenn auch Frankreich zu derartigen Vereinbarungen mit Großbritannien bereit ist.

Die französische Regierung ist schon Anfang der Woche über die Vorschläge Bonns, die die „Elemente eines Planes" für die Heranführung Großbritanniens und der übrigen Länder an die Gemeinschaft enthalten, unterrichtet worden.

❶ Bildung einer Art Freihandelszone zwischen der EWG und Großbritannien, die auch Vereinbarungen über die Landwirtschaft der Mitgliedsländer enthalten würde.

❷ Von deutscher Seite werden Überlegungen der Benelux-Länder aufgegriffen, nach dem Beispiel des Assoziierungsrates der Montanunion, in dem die EWG-Länder und die britische Regierung je vier Stimmen haben, eine neue institutionelle Vereinbarung mit Großbritannien zu treffen.

❸ Besprechungen über die Erweiterung von Euratom zu einer „Gemeinschaft der Sieben" mit Großbritannien oder der „Zehn" mit Skandinavien.

❹ Die deutschen Vorschläge sehen auch eine Vereinbarung der EWG mit Großbritannien darüber vor, daß ein britischer Beitritt nicht grundsätzlich abgelehnt wird.

❺ Die EWG Kommission könnte die „Rolle eines Scharniers" zwischen der Gemeinschaft und Großbritannien übernehmen und England über die Entwicklung in der Gemeinschaft sowie die EWG über die wirtschaftspolitische Entwicklung in England auf dem laufenden halten.

Brown nahm nicht endgültig zu den Vorschlägen Brandts Stellung. Die Haltung auf britischer Seite wird jedoch als „sehr skeptisch" bezeichnet.

Brown erklärte seinem Gesprächspartner, daß er die Bemühungen der Bundesregierung, den französischen Staatspräsidenten in der Beitrittsfrage umzustimmen, für nicht erfolgreich halte.

IM AUSWÄRTIGEN AMT berieten gestern der deutsche und der britische Außenminister über die EWG-Beitrittsaussichten Londons. Nach den mehrstündigen Beratungen flog Brown am Nachmittag nach England zurück.

Hallstein Präsident der Europa-Bewegung

ROM (dpa). Der ehemalige Präsident der EWG-Kommission, der deutsche Professor Walter Hallstein, wurde gestern abend in Rom zum neuen Präsidenten der Europa-Bewegung gewählt. Er löst den Franzosen Maurice Faure ab, dessen Amtszeit abgelaufen war.

Die Wahl erfolgte zu Beginn einer zweitägigen Sitzung des internationalen Bundesrats der Europa-Bewegung, an der über hundert Delegierte aus 17 Ländern teilnehmen.

Themen der Sitzung sind vor allem Probleme des Beitritts Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und andere aktuelle Fragen der Integrationspolitik. Im Eröffnungsreferat übte Bundestagsvizepräsident Karl Mommer scharfe Kritik an General de Gaulle.